

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANNNS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern  
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

in Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH  
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB  
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 10

Postversandort Bonn

Bonn, im Oktober 1956

### INHALT

ANTWORTEN AUF DIE „HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT“ 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU . . . . .	S. 1
<input checked="" type="checkbox"/> GRUNDSÄTZE DER SCHUL- UND KULTURPOLITIK IN OST UND WEST Bericht über die erste Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung - von Hellmut Lauffs . . . . .	S. 4
Entschließung der ersten Arbeitsgruppe . . . . .	S. 5
<input checked="" type="checkbox"/> WAS HEISST „CHRISTLICH“ IN DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG? Bericht über die zweite Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung - von Friedrich C. Badendieck . . . . .	S. 6
Entschließung der zweiten Arbeitsgruppe . . . . .	S. 7
<input checked="" type="checkbox"/> WIRTSCHAFT UND MATERIALISMUS Bericht über die dritte Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung - von Werner v. Lojewski . . . . .	S. 7
Entschließung der dritten Arbeitsgruppe . . . . .	S. 8
DAS SENDUNGSBEWUSSTSEIN DES BOLSCHEWISMUS von Werner Brökelschen . . . . .	S. 8
SELBSTVERWALTUNG UND DEMOKRATIE von Ernst Bach . . . . .	S. 10
AUS DEN ARBEITSKREISEN . . . . .	S. 12

## ANTWORTEN AUF DIE „HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT“

### 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Die 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat, einem Wunsche ihres heimgegangenen Vorsitzenden Dr. Robert Tillmanns folgend, unter Leitung von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder vom 11. bis 13. Oktober d. J. in der Freien Universität der alten Reichshauptstadt Berlin stattgefunden. Unter dem Gesamthema: „Herausforderungen unserer Zeit“ befaßte sie sich mit den Fragen christlicher Verantwortung in der Politik und mit den aus der Spaltung der Welt entstandenen Herausforderungen auf kulturpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet. Auf Grund der Hauptreferate von Kul-

tusminister Osterloh, Kiel, Landesbischof Professor D. Hertrich, Hamburg, und Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard haben drei Arbeitsgruppen diese Fragen erörtert und ihre Stellungnahmen in Entschlüssen zusammengefaßt, die auf den folgenden Seiten im Anschluß an Einzelberichte im Wortlaut wiedergegeben sind. Die Tagung unterschied sich von den vorangegangenen durch die Teilnahme führender Vertreter der evangelischen Kirchen, die durch ihre Mitarbeit ihr Vertrauen zu der im Evangelischen Arbeitskreis verwirklichten politischen Arbeit bekundeten.

Auch Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte es sich nicht nehmen lassen, auf dieser Tagung das Wort zu ergreifen. In seiner mit spürbarer innerer Bewegung aufgenommenen Ansprache vor dem Plenum der Tagung wies er auf die historische Bedeutung der Union als politischer Gemeinschaft der beiden christlichen Konfessionen für die Politik der vergangenen Jahre und insbesondere auch für die Wiederherstellung der deutschen staatlichen Einheit hin. Die politische Zusammenarbeit der Konfessionen sei heute noch notwendiger als bei der Gründung der CDU/CSU, denn die große geistige Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Christentum stehe noch bevor. Auf Jahrzehnte hinaus werde es Aufgabe der Christen bleiben, den Materialismus, in welchem Gewande auch immer er auftrete — gleich, ob in der eigenen Brust oder als organisierte Weltanschauung —, zu bekämpfen. Gegenüber allen Versuchen, Mißtrauen zwischen der evangelischen und katholischen Bevölkerung auszustreuen, müsse die Gemeinsamkeit der christlichen Konfessionen in den entscheidenden Fragen des öffentlichen Lebens überzeugend in Erscheinung treten. Darüber hinaus hätten die Christen in der Bundesrepublik die besondere Aufgabe, die brüderliche Verbundenheit mit den Menschen in der Sowjetzone zu wahren.

Die Bundestagung war am 11. Oktober durch eine Pressekonferenz eingeleitet worden, an der nahezu 100 in- und ausländische Journalisten teilnahmen. Dr. Schröder gab als Vorsitzender eine Übersicht über Entwicklung und Zielsetzung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Angesichts der Tatsache — so erklärte Dr. Schröder —, daß die politische Aktivität der evangelischen Christen gegenüber derjenigen der Katholiken vielfach noch zu wünschen übrig lasse und auf evangelischer Seite ein erheblicher politischer Nachholbedarf bestehe, sähe der Arbeitskreis seine Aufgabe einmal darin, die evangelischen Kräfte innerhalb der CDU/CSU zu sammeln und sie in der Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung durch Erarbeitung eines eigenständigen evangelischen Beitrages zur Politik der Union zu stärken, zum anderen aber darin, immer weitere Kreise der evangelischen Bevölkerung anzusprechen und politisch zu aktivieren. Dabei gehe es nicht etwa darum, unter Betonung des evangelischen Elements aus Ressentiments heraus zu protestieren oder eine „evangelische Klagemauer“ aufzurichten. Vielmehr wolle der Arbeitskreis damit einer bewußten politischen Zusammenarbeit der beiden großen Konfessionen dienen, nicht um eine „Superkonfession“ zu schaffen, sondern um eine sich aus gemeinsamer Verantwortung ergebende Politik zu verfolgen. In diesem Zusammenhang verwahrte sich Dr. Schröder auf die Frage eines als Pressevertreter anwesenden Volkskammerabgeordneten der Sowjetzone entschieden gegen die Unterstellung, daß der Evangelische Arbeitskreis nur das „evangelische Feigenblatt“ der „katholischen CDU“ sei. Es gäbe keine Partei in Deutschland, die über eine so breite Führungsschicht evangelischer Persönlichkeiten verfüge wie die CDU/CSU. — Die zahlreichen Fragen, die Dr. Schröder im Rahmen dieser Pressekonferenz zu beantworten hatte, bewiesen erneut das Interesse und die Resonanz, die die nunmehr 5jährige Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises in ständig wachsendem Maße in der Öffentlichkeit findet. Dr. Schröder kritisierte in einer seiner Antworten, daß in Deutschland die in eine weite Zu-

kunft wirkende Politik vielfach zu kurz komme. Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitskreises sei es daher auch, dem Sog tagespolitischer Entscheidungen zugunsten einer klaren und verantwortlich vorausschauenden politischen Konzeption entgegenzuwirken.

Nach einem Empfang des Vorstandes und der Mitglieder des Bundesarbeitskreises sowie der Referenten und Arbeitsgruppenleiter der Tagung durch den regierenden Bürgermeister von Berlin, vertreten durch den Senator für Volksbildung, Prof. Dr. Tiburtius, im Ratnaus Schöneberg fand im gleichen Räume eine Sitzung des Bundesarbeitskreises statt. Die Vertreter der einzelnen Landesarbeitskreise berichteten eingehend über die politische Situation in ihrem Bereich. In einer ausführlichen Aussprache, die nach Beendigung der Tagung am 13. Oktober fortgesetzt wurde, präziserte der Bundesarbeitskreis seine praktischen Aufgaben für die nächste Zukunft, vornehmlich im Hinblick auf das kommende Bundestagswahljahr, und beriet u. a. auch über Tagungsort und Gegenstand der nächsten Bundestagung, die voraussichtlich im Frühsommer 1957 in Niedersachsen stattfinden wird. Für die Bundestagung 1958 soll Bayern das gastgebende Land sein.

Zu Beginn der ersten Plenarversammlung am Morgen des 12. Oktober konnte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundesminister des Innern Dr. Schröder, rund 550 Teilnehmer, darunter mehr als 400 aus Westdeutschland wie auch einige aus Mitteldeutschland, begrüßen. Dr. Schröder gedachte der aufopferungsvollen Arbeit des vor noch nicht Jahresfrist heimgegangenen Bundesministers Dr. Robert Tillmanns — des Nachfolgers von Hermann Ehlers im Vorsitz des Arbeitskreises — an dessen Grab der Vorstand anlässlich der Tagung einen Kranz niedergelegt hatte. Er gab der Freude der Versammlung Ausdruck, daß unter den Teilnehmern auch Frau Tillmanns und Frau Ehlers weilten. Berlin mit seiner realistischen Luft bezeichnete Dr. Schröder als den richtigen Ort gerade für das Thema dieser 5. Bundestagung, da ja Berlin selbst unmittelbar zu den „Herausforderungen unserer Zeit“ gehöre. Wiederum gehe es um eine Freilegung der geistigen Grundlagen unserer Politik, wie um konkrete Wegweisungen für die Zukunft.

Prof. Dr. v. d. Gable n t z stellte in den Mittelpunkt seines Grußwortes als Vorsitzender des gastgebenden Berliner Arbeitskreises die Mahnung, daß es gerade im Atomzeitalter darum gehen müsse, den menschlichen Geist wieder unter die Führung von Gottes Heiligem Geist zu stellen. In Vertretung des in Straßburg weilenden Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Berlin, Ernst Lemmer, erklärte Rechtsanwalt Dr. Riesebrodt, daß die beiden großen christlichen Konfessionen durch gemeinsame Not einander näher denn je gekommen seien. Die Zeit, in der man in der Politik den konfessionellen Gegensatz herausgestellt habe, sei vorbei. Unser Auftrag heiße: nicht Argwohn, sondern Brüderlichkeit. Als Sprecher des Berliner Senats und in Vertretung des dienstlich verhinderten Regierenden Bürgermeisters Professor Dr. Suhr erinnerte Senator Professor Dr. Tiburtius daran, daß Politik vom Christentum her, wie sie die CDU/CSU zu treiben sich bemühe, keineswegs einen Monopolspruch darstelle, sondern Bekenntnis und Ver-

pflichtung. Der Anspruch Gottes müsse auch im weltlichen Raum deutlich werden. Zwischen Wahrheit und Lüge gebe es keine Koexistenz. An diese Grußworte schlossen sich die drei tragenden Referate der Tagung an, die in Kürze im Wortlaut veröffentlicht werden:

Der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh, Kiel, gab unter dem Thema: „Grundsätze der Schul- und Kulturpolitik in Ost und West“ eine klare Analyse der kommunistischen Schul- und Kulturpolitik und stellte diese der schulpolitischen Praxis in der Bundesrepublik gegenüber. Der orthodox materialistischen und atheistischen Kulturpolitik des Ostens könne die westliche Welt nur begegnen, wenn sie an dem realistischen Menschenbild der Bibel als dem einzig tragenden Fundament aller Pädagogik festhalte. Die Pädagogik des Ostens sei auf ethischem Gebiet darauf angelegt, jeden Gewissenskrupel zu überwinden. Im Westen könne man es sich gerade darum nicht leisten, das individuelle Gewissen absolut zu setzen. Ein Staat, der sich der Verantwortung für die Mitprägung der Gewissen versage, zerstöre, auf die Dauer gesehen, die Eigensubstanz. Kritisch äußerte sich der Minister zu der unbegrenzten Autonomie der Bundesländer in allen kulturpolitischen, besonders aber in allen Schulfragen. Im Interesse des Föderalismus sei es notwendig, dessen Grenzen zu erkennen; er werde nur so lange Bestand haben, wie er realistisch bleibe: „Ungezügelter Föderalismus schafft Gegendruck, so daß dadurch die Gefahr eines öden Zentralismus heraufbeschworen wird.“

Als Ausgangspunkt aller Erörterungen über eine christliche Verantwortung im Staat sah Landesbischof D. Hertrich, Hamburg, in seinem Referat unter dem Thema: „Was heißt ‚christlich‘ in der politischen Verantwortung?“ den Grundsatz an, daß Christus nicht der Herr einer Religion, sondern der Herr des Daseins überhaupt sei. Ein Christentum, das an der Welt vorbeilebe, trage den Namen Christi zu unrecht. Weil Gott Mensch geworden sei, könne man mit Bonhoeffer die Diesseitigkeit des Christentums nicht ernst genug nehmen. Nicht der sei restaurativ, der christliche Verantwortung innerhalb der Demokratie praktiziere, sondern der, der Demokratie ohne Christus verwirklichen zu können glaube. Ein Rückzug aus der Welt bedeute Verzicht auf christliche Mitverantwortung. Bischof Hertrich wies in diesem Zusammenhang auf die Gefahr hin, daß die „urchristliche Vision“ allzu leicht als ein Freibrief für jede Art von Koexistenz betrachtet werden könne. Daraus erkläre sich auch, daß es evangelische Theologen gebe, die eine christliche Partei ablehnten, aber keine Bedenken hätten, in einer ideologisch gebundenen Friedensbewegung mitzuarbeiten. Die CDU beanspruche kein christliches Monopol in der Politik. Und wenn man die gegenwärtige Regierung ablehne, so könne dies nicht als ein besonderes Zeichen für „bekennendes Christentum“ gelten.

Bundesminister für Wirtschaft Professor Dr. Erhard packte in seinen Referat über „Wirtschaft und Materialismus“ das Kernproblem der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung, d. h. die Gefahr einer Entwicklung zum rein materialistischen Denken hin, beherzt und mit dem Willen zur Korrektur an. Die Wirtschaft sei zwar, so betonte er, eine materielle Aufgabe, die aber niemals im Geiste des Materialismus bewältigt werden

können. Es wurde in eindrucksvoller Weise deutlich, daß dieser Mann, der zunächst als ein fast einsamer gegen eine Welle des Widerstandes bis in die eigenen Reihen hinein das Triebwerk der freien Wirtschaft in Gang gesetzt hat, nun mit gleicher Entschlossenheit bemüht ist, auch in der Wirtschaft ein ethisches Wertesystem zur Geltung zu bringen, das seinen letzten Grund in der christlichen Ordnung hat. Dieses Korrektiv — so führte Professor Erhard weiter aus — habe sich als immer notwendiger gegenüber der Herausforderung des Materialismus, des Lebensstandardprinzips, in seinen östlichen und westlichen Erscheinungsformen erwiesen. Gerade die Wiedervereinigung erfordere eines Tages eine Wirtschafts- und Sozialordnung von besonderer Strahlungskraft. Sie müsse anziehend und überzeugend wirken. Hier liege neben der ethischen Notwendigkeit die praktische politische Bedeutung einer Bewältigung dieser „Herausforderung“.

Nach Abschluß der Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen traten die Tagungsteilnehmer am Sonnabendnachmittag (13. Oktober) zu einer zweiten Plenarversammlung zusammen, auf der die Arbeitsgruppenleiter über die Aussprachen berichteten. Die dem Plenum vorgelegten Entschließungen der drei Arbeitsgruppen wurden einstimmig gebilligt. Dr. Schröder dankte den Referenten, Arbeitsgruppenleitern und allen anderen Mitarbeitern und schloß die Sitzung mit der Feststellung, daß diese Tagung in der Fundierung des evangelischen Standortes in der Politik einen wesentlichen Schritt weiter geführt und damit auch für die Aufgaben der politischen Tagesarbeit ihre besondere Bedeutung habe.

Die Tagung fand ihren Abschluß mit einer öffentlichen Kundgebung, auf der Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier sowie die Bundesminister Dr. Balke und Dr. Schröder sprachen. Dr. Gerstenmaier griff noch einmal in eindrucksvollen Worten die Frage der christlichen Verantwortung in der Politik auf. Er erinnerte an Johann Hinrich Wichern, der in Berlin vor mehr als hundert Jahren die Innere Mission begründete. Das sei der erste Appell an das christliche Gewissen des modernen Staatsbürgers gewesen. Nicht die Kirche, so meinte Dr. Gerstenmaier mit einem Seitenblick auf den Streit unserer Tage, solle politisieren, sondern der Christ. Die persönliche Verantwortung gerade im Kollektiv des modernen Massenstaates zu wecken und zu entfalten, sei ein Hauptanliegen des Evangelischen Arbeitskreises. Es gehe um eine Demonstration für das christliche Gewissen, nicht aber für einen gefährlichen Subjektivismus, der schließlich zu jener verhängnisvollen Umkehrung des Ersten Gebotes führen müsse: „Ich bin der Herr, mein Gott . . .“ Für den christlichen Demokraten sei die Autorität des Staates legitim. Er fühle sich deshalb auch aufgerufen, die Freiheit dieses Staates nach innen und außen zu verteidigen. Aber gleichzeitig bemühe er sich auch, die Grenzen des Staates und seiner Aufgaben zu erkennen. Es sei wider die christliche Verantwortung, den Bürger einem „Wohlfahrtsstaat“ auszuliefern, der den einzelnen gleichsam von der Wiege bis zur Bahre „bewirtschaftet“. Diese notwendige Einschränkung bedeute jedoch nicht, daß man sich um die sozialen Aufgaben drücken wolle, denn soziale Gerechtigkeit sei ein unabdingbares Gebot für den zur politischen Entscheidung gereiften Christen. Dr. Ger-

stenmaier bekannte sich weiterhin leidenschaftlich zu dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Bedenklich sei allerdings der gegenwärtig zu beobachtende Rückzug der politisch Geschlagenen auf die „unstürmbare Festung: Religion“. Zur Frage der Wiedervereinigung erklärte Dr. Gerstenmaier: Wenn es sich hierbei auch nicht zuletzt um ein Problem der Weltpolitik handele, so dürften wir diese Frage doch nicht allein den Westmächten überlassen. Gemeinsame Anstrengungen aller Deutschen müßten zu ihrer Lösung beitragen. Dr. Gerstenmaier setzte sich daher für eine aktive Ostpolitik der Bundesrepublik ein und betonte, daß der Deutsche Bundestag aus diesem Grunde die Einladung nach Moskau angenommen habe. Dem Bundeskanzler vorzuwerfen, er tue zu wenig für die Einheit Deutschlands, sei eine ausgesprochene Undankbarkeit.

Dr. Schröder und Dr. Balke bekannten sich erneut und mit großem Nachdruck zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den evangelischen und katholischen Christen innerhalb der CDU/CSU. Dr. Schröder kritisierte in seinen weiteren Ausführungen die Gespräche zwischen Vertretern der FDP und Sowjetzonen-LDP und sagte: „Wir wollen nicht mit Marionetten verhandeln.“ Er warnte schließlich vor dem Standpunkt des „Ohne-mich“ und vor einer „Flucht vor der Geschichte“.

Wer mit einiger Besorgnis gerade in den letzten Jahren die oft verwirrende Vielfältigkeit und Gegensätzlichkeit der Stellungnahmen zu politischen Fragen innerhalb der evangelischen Welt beobachtet und als einen Nachteil gegenüber der Klarheit der Entscheidungs-

gen im katholischen Raum empfunden hatte, wird auf diese Berliner Tagung — deren Ausstrahlungen weit über dem parteipolitischen Rahmen hinausgehen dürften — mit ihren wegweisenden Referaten, klärenden Gesprächen und in die praktische Politik umsetzbaren Arbeitsergebnissen nur dankbar zurückblicken können. Daß die beiden Haupttage jeweils durch eine Morgenandacht eingeleitet wurden, war nicht nur eine Geste oder Formsache, sondern es wurde damit über die politischen Beratungen des Tages ganz bewußt das Wort Gottes gestellt. So war in der Morgenandacht am 12. Oktober die Auslegung des Ersten Gebotes durch Landesbischof D. Jacobi, D. D., Oldenburg, gerade im Blick auf das Leitmotiv der Tagung ein Appell an alle Christen schlechthin, sich ihrer Verantwortung für Volk und Staat vor Gott bewußt zu sein. In Konsequenz dazu legte Superintendent Sudrow, Berlin, am 13. Oktober den Ersten Artikel des Glaubensbekenntnisses aus. Die innere Beziehung beider Andachten zu Thema und Aufgabe der gesamten Tagung wurde in Referaten wie Aussprachen immer wieder deutlich.

Der Verlauf der Tagung gab allen Teilnehmern die Gewißheit, daß im evangelischen Bevölkerungsteil die Erkenntnis durchgedrungen ist, daß die von der CDU/CSU maßgebend geleitete deutsche Politik der vergangenen Jahre sich bewährt hat und daß der von ihr beschrittene Weg uns zu dem heißersehten Ziel der Wiederherstellung des gesamtdeutschen Staates führen wird. Die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU sind bereit, sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und sie zu beantworten.

## GRUNDSÄTZE DER SCHUL- UND KULTURPOLITIK IN OST UND WEST

Bericht über die erste Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung

von Lfd. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs

Den Erörterungen der ersten Arbeitsgruppe lag ein Referat des schleswig-holsteinischen Kultusministers Osterloh zugrunde, in dem dieser eine großangelegte Übersicht über die kulturpolitische Lage in beiden Teilen unseres Vaterlandes gegeben hatte. An einigen besonders eindrucksvollen Gegensatzpaaren waren die tiefgreifenden Unterschiede beider Bereiche aufgezeigt worden. Osterloh stellte dem starren, uniformen östlichen Zentralismus einen leicht zum Partikularismus entartenden Föderalismus, dem orthodoxen Atheismus den liberalen Pluralismus, der pseudowissenschaftlichen Intoleranz eine durch Unverbindlichkeit gekennzeichnete Toleranz gegenüber. Er machte deutlich, wie auf pädagogischem Gebiet ein zielbewußter allumfassender sowjetischer Methodismus einer noch vielfältig experimentierenden Evolution oder sogar Stagnation bei uns entgegentritt, und wie gegenüber der östlichen Überzeugung, für jeden kulturpolitischen Tatbestand unzweideutige Maßstäbe zu besitzen, im Westen nicht nur alte und neue Maßstäbe fragwürdig geworden sind, sondern grundsätzlich gezweifelt wird, ob es überhaupt gültige Maßstäbe gebe.

In der mit mancher Spannung geladenen, ebenso lebhaften wie um sachliche Klärung bemühten Aussprache wurde zwar zunächst geäußert: die Schilderung der westlichen Situation sei in dieser durch die Gegenüberstellung bedingten Betonung zu pessimistisch und

es gebe zweifellos auch andere Tatbestände, die zu einer optimistischeren Auffassung berechtigten. Aber schon das überaus bunte Mosaik der verschiedensten kulturpolitischen Tatbestände und Deutungen, wie der wichtigsten Aufgaben und Lösungsversuche, das sich in der Erörterung ergab, machte die innere Gefährdung unseres kulturellen Lebens durch die unkomplizierte militante Ideologie des Ostens offenbar. Unter diesem Eindruck wurde richtig erkannt, daß uns die nüchterne Aufzeigung besonders gefährdeter Stellen nicht zu unfruchtbaren Situationsanalysen, pharisäischen Anklagen oder hohlen Protesten verführen dürfe, sondern zu wirksamem Widerstand gegen die Herausforderung der östlichen Ideologie aufrufen müsse. Dabei wurde klar herausgestellt, daß es bei der Annahme der Herausforderung der atheistischen Ideologie nicht um die Aufstellung einer christlichen Gegenideologie, auch nicht um eine selbstbewußte Herausstellung ehemals anerkannter Ideale gehen könne, sondern eine tiefe und umfassende Erneuerung, Ordnung und Festigung unseres eigenen kulturellen Lebens durch Besinnung auf sein innerstes Wesen und seine letzten Grundlagen und eine entschlossene Inangriffnahme der uns heute und hier gestellten besonderen Aufgaben notwendig seien. In diesem Sinne konzentrierte sich die Diskussion auf wenige Fragengebiete, wobei die Fragen der kulturpolitischen Ordnung in der Bundesrepublik und

die Frage nach der Jugend hüben und drüben im Vordergrund standen.

Die aus allen Ländern der Bundesrepublik stammenden Gesprächspartner bekannten sich grundsätzlich zu dem geschichtlich überlieferten, im Stammesbewußtsein verwurzelten und durch das Grundgesetz geschützten kulturpolitischen Föderalismus. Sie sahen ihn aber z. Z. ernstlich gefährdet: einmal von außen her durch den zentralistischen Sog, der in der öffentlichen Meinung der industrialisierten Massengesellschaft festzustellen ist, zum andern von innen her durch eine Entartung des föderalistischen Prinzips zu einem Partikularismus der einzelnen Länder, der seinerseits zwangsläufig eine zentralistische Reaktion heraufbeschwört.

Wenn auch oberflächliche Schlagworte wie „Schulwirrwarr“ als unsachliche Übertreibungen abgelehnt wurden, so war die Arbeitsgruppe doch der Meinung, daß zumindest über organisatorische Dinge — z. B. über Schultypen, Fremdsprachen, Schuljahrsbeginn, Finanzierung der Schulbauten, Errichtung von Forschungsstätten und Ausbildung von Ingenieuren — eine erheblich größere Verständigung herbeigeführt werden könne, als dies der nicht immer nach ihren tatsächlichen Verdiensten gewürdigten Kultusministerkonferenz als einem gut föderalistischen Organ oder auch der Ministerpräsidentenkonferenz bisher gelungen sei. Wenn man vermeiden wolle, daß eines Tages der Bundestag mit verfassungändernder Mehrheit dem Bund das Recht kulturpolitischer Rahmengesetzgebung gebe, und wenn man der drohenden Errichtung eines Bundeskultusministeriums auf die Dauer erfolgreich widerstehen wolle, müßten der Föderalismus als fruchtbare Verständigung auch wirklich praktiziert und gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um alle föderalistischen Möglichkeiten an Koordinierung und Konzentrierung auszuschöpfen.

Neben der Notwendigkeit organisatorischer Verständigung wurde — insbesondere im Blick auf die Wiedervereinigung — betont, daß man über die Pflege der durch Landschaft und Stamm bestimmten Kulturen der einzelnen Länder hinaus auch das allen gemeinsame deutsche Kulturerbe sehen und fruchtbar machen müsse. Diese Aufgabe habe Gegenstand, Inhalt und Form unseres kulturpolitischen Dienstes stets mitzubestimmen.

Im übrigen sei es wenig föderalistisch, wenn einzelne Länder sich zwar gegen zentralistische Bestrebungen des Bundes wehrten, in den eigenen Grenzen aber durchaus bürokratisch-zentralistisch handelten. Den besten Beweis für eine von innen her föderalistische Haltung erbrächten jene Länder, in denen die „verwaltete Schule“ durch ein umfassend und tief verstandenes Elternrecht begrenzt und in ihrer pädagogischen Struktur verwandelt, das staatliche Schulmonopol durch ein gutes und großzügiges Privatschulrecht gebrochen und die größtmögliche Freiheit im pädagogischen Raum gewährt werde.

Was den Problembereich der Jugend betrifft, so wurde für hüben und drüben die enge Verflochtenheit ihrer inneren und äußeren Situation mit der Welt der Er-

wachsenen, insbesondere mit der Atmosphäre ihrer Elternhäuser gesehen, die in der Regel für ihre Entwicklung weit bedeutsamer als die Institution der Schule sei — selbst angesichts der Tatsache, daß unsere Elternhäuser heute vielfach an pädagogischem Substanzschwund litten und weithin ihre Autorität verloren hätten. Bei der überwiegenden Bedeutung der funktionalen Erziehung komme es in erster Linie auf die Atmosphäre der Familie, aber auch zu einem nicht geringen Teil auf die Luft des öffentlichen Lebens an. Die Jugend müsse vor Gefährdungen geschützt werden. Vor allem gehe es darum, einem auf der Auflösung von Ordnungen beruhenden falschen Freiheitsbegriff entschieden zu widerstehen. Letztlich seien westlicher Individualismus und östlicher Kollektivismus derselben Wurzel, nämlich einer angemessenen Autonomie des Menschen entsprungen. Es gelte für Alte und Junge, die durch Gottes Gebot gesetzten Ordnungen neu zu sehen und anzuerkennen — nicht nur mit Worten, sondern durch das Vorbild christlicher Existenz — und in ihnen die „Freiheit der Gebundenen“ vorzuleben.

## ENTSCHLIESSUNG

### 1. Wiedervereinigung

Unsere Schul- und Kulturpolitik in der Bundesrepublik leistet ihren entscheidenden Beitrag zur Wiedervereinigung durch die geistige Überwindung des kommunistischen atheistischen Materialismus. Dieser muß in seiner Theorie und Praxis studiert und durch unser eigenes kulturelles Leben widerlegt werden. XXX

### 2. Konzentrieren!

Dazu ist erforderlich, daß die Kulturpolitik in der Bundesrepublik ihre Gefährdung durch eine Verzettelung ihrer Kräfte (z. B. Grundlagenforschung, Ausbildung von Ingenieuren und Technikern, Finanzprobleme) in nächster Zukunft überwindet und unter Wahrung ihrer föderalistischen Prägung ihre Willensbildung und ihre Arbeit konzentriert. X

### 3. Einzelforderungen

Die endgültige Überwindung des Schichtunterrichtes, die Verringerung der Klassenfrequenzen und die Hebung des gesamten Schulwesens müssen als Nahziele verwirklicht werden. Wichtiger ist noch die folgerichtige Einschränkung des staatlichen Schulmonopols durch eine wirksame Förderung der freien Erziehungskräfte in der Gesellschaft und in den Kirchen. In allen Ländern der Bundesrepublik sollten die Privatschulen nach gleichem Recht behandelt werden und grundsätzlich die gleiche finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder auch durch Mitarbeit an der Gestaltung des Schullebens wahrzunehmen. Wir haben zu den christlichen Lehrern das Vertrauen, daß sie unsere Kinder nicht nur im Religionsunterricht, sondern in der gesamten Erziehung mit den Kräften des Glaubens zu verbinden trachten. X

### 4. Toleranz

Die Gewißheit unseres Standortes begründet unsere Toleranz gegenüber jeder echten Überzeugung, die sich im kulturellen Leben darstellt.

„Wir können das Wirken des christlichen Politikers nicht besser umschreiben, als wenn wir es mit dem Wirken des Arztes vergleichen. Der Arzt weiß, daß er die Krankheit nicht aus dieser Welt schaffen kann, daß sie nun einmal immanent mit unserem Leben verbunden ist. Trotzdem geht er jeden Tag und jede Nacht hin und versucht, Kranke gesund zu machen. Nicht anders scheint mir die Haltung des christlichen Politikers zu sein. Auch wir sollten wissen, daß wir die politische und soziale Ordnung auf dieser Erde nicht zur Vollkommenheit entwickeln können, aber trotzdem sind wir, weil wir einen Auftrag haben, gehalten, jeden Tag aufs neue unser möglichstes zu tun, um die Nöte zu heilen und eine gesunde Ordnung herbeizuführen.“

ROBERT TILLMANN'S †

# WAS HEISST „CHRISTLICH“ IN DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG?

Bericht über die zweite Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung

Von Friedrich Carl Badendieck

Landesbischof Professor D. Hertrich, Hamburg, hatte in seinem Referat die Herausforderung unterstrichen, die zum Ausdruck komme, wenn wir von der christlichen Verantwortung in der Politik sprächen. Christus sei der Herr des Daseins, nicht allein der Religion! Das sei uns in neuer Weise aufgegangen. Mit einem Klischee-Christentum könne der Westen nicht erneuert werden. Ein kraftloses Christentum vermöge auch in der Politik keine Verantwortung zu tragen. Hiervon ausgehend hatte er die Forderung gestellt, daß der christliche Politiker, der sich als solcher bezeichne, in Sakrament, Gebot und Gemeinde stehen müsse. Daraus ergaben sich im einzelnen die Fragen nach der Haltung des christlichen Politikers, nach dem Wesen christlicher Politik und nach der Stellung des Geistlichen in der Politik. Als Kernprobleme schälten sich heraus: Sind inhaltliche Maßstäbe aus dem Glauben für das politische Handeln möglich? Kann hier der Begriff „Naturrecht“ angewendet werden? Wie steht es um Staat und Kirche in der „nachkonstantinischen“ Zeit?

An der lebhaften Aussprache beteiligten sich vor allem auch jüngere Theologen. Erfreulicherweise war allgemein die Tendenz zu spüren, innerhalb des jeweiligen Diskussionsbereiches zu bleiben, den der Arbeitsgruppenleiter, Prof. Dr. v. d. Gablentz, Berlin, straff abgrenzte. So wurde die Aussprache Punkt für Punkt zu wirklichen Ergebnissen geführt. Gegenüber einigen Wünschen, ganz konkrete Einzelargumente für den Wahlkampf zu gewinnen, vertrat Professor v. d. Gablentz die Ansicht, daß die Ausmünzung der erarbeiteten grundsätzlichen Erkenntnisse in den Landesarbeitskreisen selbst erfolgen müsse.

Zunächst wurde die für die Sowjetzone so wesentliche Frage des „christlichen Realismus“ und damit einer etwaigen Möglichkeit der Koexistenz angeschnitten. Sie fand ihre Beantwortung in der klaren Feststellung, daß zwischen dem Urchristentum und der gesellschaftlichen Doktrin des kommunistischen Materialismus keinerlei Beziehungen bestehen. Die urchristliche Vision östlicher Formulierung ist eine Geschichtsklitterung. Das Urchristentum sagte: „Was mein ist, ist dein“. Der Kommunismus sagt: „Was dein ist, ist mein“. Auch der „christliche Realismus“ ist eine Zweckideologie. Endziel der Entwicklung ist auch hier der Kommunismus. Auf den Vorwurf: „Ihr verlegt die Erlösung ins Jenseits, wir wollen sie im Diesseits verwirklichen“ ist zu antworten: „Wir sehen die soziale Gerechtigkeit in der Verwirklichung der Nächstenliebe und verlangen, diese Pflicht ernst zu nehmen. Auf Erden, unter den sündigen Menschen gibt es kein Paradies. Jeder Versuch eines Perfektionismus im Diesseits erreicht das Gegenteil des Paradieses. Der Kommunismus verkündet somit eine Lüge. Zwischen Lüge und Wahrheit gibt es keine Koexistenz.“

Die Aussprache konzentrierte sich dann in oft leidenschaftlicher Erörterung des Für und Wider darauf, ob es möglich sei, die von Bischof Hertrich aufgestellten Forderungen an den christlichen Politiker auch in der politischen Wirklichkeit zu erfüllen. Bischof Hertrich erklärte in seiner Antwort auf zahlreiche Fragen, daß die CDU nicht gut dabei fahren würde, wenn sie konsequent wesentlichen Fragen ausweiche. Er warnte auch vor einer falschen Auffassung von evangelischer Freiheit als einer Bindungslosigkeit. Der einzelne ge-

winne leicht die Überzeugung, daß er als Person keiner Kirche bedürfe. Hier liege die besondere Gefahr, in welcher der einzelne evangelische Christ ständig schwebe. Auch in der Politik gebe es christliche Grundsätze und positive christliche Weisungen; z. B. könne sich niemand, der an das Erste Gebot glaube, an eine Diktaturpolitik binden. Die christliche Haltung müsse sich im politischen Alltag bewähren, z. B. im Widerstand gegen einen gleitenden Sonntag. Hier offenbare sich die Stellung des Christen zur Schöpfung und zu den Geboten. Das Amt der Eltern müsse als von Gott gegeben angesehen werden. Die Ehe sei kein „bürgerlicher Kontrakt“ und ihre Herabwürdigung, beispielsweise in der illustrierten Presse, ein unmißverständliches Abweichen von der christlichen Grundhaltung. Als neue Aufgabe, die immer wieder erfüllt werden müsse, bezeichnete Bischof Hertrich die Gemeinsamkeit der Konfessionen: „Wir sind uns gegenseitig etwas schuldig und sind uns in der Vergangenheit etwas schuldig geblieben.“

In der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe wurde zunächst noch einmal die Frage des „christlichen Realismus“ angeschnitten. Man kam zu der Feststellung, daß ein Bekenntnis zum „christlichen Realismus“ nur möglich sei, wenn gleichzeitig auch ein Ja zum Kommunismus gesprochen werde. Ein Teilnehmer wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, die Gründungsideen der CDU wirklich ernst zu nehmen und die soziale Aufgabe vom Menschen her zu realisieren. Professor Erhards Erkenntnisse von den ethischen Notwendigkeiten auch in der Wirtschaft, der Gedanke des Miteigentums und des Eigentums als Verpflichtung wurden als Gegenwirkung gegen den Kommunismus angeführt. Hier liege, wie Professor v. d. Gablentz hervorhob, die eigentliche zeitgegebene Aufgabe, nicht aber in der Wiederbelebung der Ideen von 1900 durch „christliche Sozialisten“ mit Vorstellungen von einem „Arbeiter“, den es heute gar nicht mehr gebe. Man solle auch unter den evangelischen Geistlichen nicht meinen, mit solchen Vorstellungen die Fehler der evangelischen Kirche in der Vergangenheit wiedergutmachen zu können.

Weiterhin wurde die Frage des neutralen Staates im nachkonstantinischen Zeitalter erörtert. In Deutschland — so war man sich einig — gebe es keine „Trennung von Staat und Kirche“, und das sei gut. Es gebe vielmehr eine gemeinsame Verantwortung, wie sie z. B. im niedersächsischen Kirchenvertrag niedergelegt sei.

Professor v. d. Gablentz legte schließlich die von ihm gemeinsam mit Bischof Hertrich auf Grund der bisherigen Aussprache festgelegten Thesen vor. Zur Erläuterung der „inhaltlichen Maßstäbe“ verwies er auf den „politischen“ Gehalt der 10 Gebote. Hierher gehörten: die unbedingte Ablehnung des totalen Staates in jeder Form (1. Gebot), die Ablehnung, irgendeine innerweltliche Ordnung christlich geheiligt zu nennen (2. Gebot), die Forderung nach Zeit und Raum zur Sammlung vor Gott unter Wahrung der Gemeinschaftsordnung und des Schöpfungsrhythmus (3. Gebot), die Ehrfurcht vor der Familie und der Überlieferung (4. Gebot), das Recht der menschlichen Person auf Leben und Freiheit (5. Gebot), die Achtung vor der von Gott gestifteten Ehe (6. Gebot), die Wahrung eines eigenen Lebensraumes, in dem der Mensch seine Verantwortung für die Welt bewähren kann — also

Anerkennung des Eigentums — (7., 9. und 10. Gebot), die Achtung vor der Ehre des Nächsten (8. Gebot). — Die Thesen erhielten in einer weiteren Erörterung dann die nachstehend wiedergegebene endgültige Fassung. Bemerkenswert bleibt noch die Feststellung des Diskussionsleiters: „Weil wir den Mut hatten, das Wort christlich in unseren Parteinamen aufzunehmen, mußten unsere Gegner sich bemühen, christliche Maßstäbe anzulegen.“

### ENTSCHLIESSUNG

1. Das Wort „christlich“ im Namen unserer Partei bedeutet die Anerkennung des Anspruchs Gottes, daß auch in der Politik die Maßstäbe christlichen Glaubens und Lebens gelten. Es bedeutet nicht einen Anspruch darauf, daß die Praxis unserer Partei schlechthin als christliche Politik anzusehen wäre, und ebensowenig einen Anspruch darauf, daß alle im öffentlichen Leben tätigen Christen unserer Partei angehören müßten.

2. Ob Geistliche einer Partei beitreten und in ihr aktiv mitarbeiten sollen, ist keine grundsätzliche Frage. Die Pfarrer müssen in erster Linie Seelsorger für ihre Gemeinde sein, sie müssen also auch für die Mitglieder anderer Parteien glaubhaft bleiben. Es gibt Fälle, in denen dies durch politische Aktivität erschwert wird, aber auch andere, in denen es dadurch nicht gestört, ja sogar erleichtert wird.

3. Der Ausdruck „christliche Politik“ ist mißverständlich. Er könnte dazu führen, daß Nichtchristen leugnen, diese Politik sei auch für sie verpflichtend. Man kann sich aber nicht mit der Forderung begnügen, daß der Christ in der Politik eine mehr oder weniger unverbindliche „christliche Haltung“ zeigen und im übrigen rein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten handeln solle. Für den Christen, der mit der Kirche lebt, ergeben sich aus seinem Glauben auch bestimmte inhaltliche Maßstäbe für das politische Handeln. Sie entsprechen den Weisungen der Zehn Gebote in ihrem neutestamentlichen Verständnis.

4. Es erscheint fraglich, ob man für diese Grundsätze auch im evangelischen Raum den Ausdruck „Naturrecht“ gebrauchen soll, denn der Begriff Natur hat in unserem wissenschaftlichen und populären Sprachgebrauch eine solche Vieldeutigkeit gewonnen, daß seine Anwendung den größten Mißverständnissen ausgesetzt wäre. Dagegen sollte stärker als bisher die Bedeutung der Sachnotwendigkeiten herausgearbeitet werden, die sich aus dem schnellen Wandel der technischen und sozialen Bedingungen ergeben.

5. Das Zeitalter der Staatsreligion ist vorbei. Der heutige Staat hat weltanschaulich neutral zu sein und der Kirche einen weiten Spielraum für die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben, vor allem auf den Gebieten der Erziehung und Wohlfahrt, zu verbürgen.

## WIRTSCHAFT UND MATERIALISMUS

Bericht über die dritte Arbeitsgruppe der 5. Bundestagung

von Werner v. Lojewski

Die Aussprache in der dritten Arbeitsgruppe basierte auf dem Hauptreferat von Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard. Zu Beginn gab der Leiter der Arbeitsgruppe, Staatssekretär Dr. Strauss, Bonn, mit einer Reihe präzise formulierter Gedanken zu der Frage nach der christlichen Verantwortung für eine gute Wirtschaftsordnung die Richtung der Diskussion an. Dr. Strauss erklärte u. a.: Viele Menschen hätten den Lebensstandard zum absoluten Götzen gemacht. Dem entgegenzuwirken, sei eine besondere Aufgabe der CDU/CSU. Ferner neigten viele Menschen dazu, ihre Sorgen dem Staat aufzubürden, anstatt sich am Leben des Staates und seiner Gestaltung aktiv zu beteiligen. Wir müßten uns deshalb bemühen, das Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft wachzuhalten und zu stärken. Aber auch die Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen müsse richtig gesehen und verwirklicht werden. Dr. Strauss verwies ferner auf das Gruppenproblem. Er bejahte das Recht der Gruppen, tätig zu sein, mahnte aber gleichzeitig, daß sie sich dabei der ihnen gezogenen Schranken stets bewußt bleiben müßten. Insbesondere die Funktionäre neigten leider nicht selten zu einer Übersteigerung der Forderungen. In diesem Zusammenhang sagte Dr. Strauss auch: Er bewundere das Verantwortungsgefühl, das die Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch gezeigt hätten, müsse es aber andererseits lebhaft beklagen, wenn sich die Gewerkschaften zu rein politischen Fragen äußerten und dabei einseitig Partei nähmen.

In der freimütigen, sich immer wieder auf das Wesentliche konzentrierenden Aussprache ergriff auch Professor Erhard noch mehrfach das Wort. So setzte er

sich mit der Tatsache auseinander, daß in den letzten Jahren das öffentliche Leben stark von materiellen Fragen bestimmt worden ist: Ein Volk sei nun einmal nicht lebensfähig, wenn nicht eine Ordnung der materiellen Dinge erfolge, denn erst auf dieser Grundlage ließen sich viele ideelle Werte schaffen. Die Wirtschaft sei jedoch allein aus dem Ökonomischen heraus nicht zu begreifen. Die äußere Organisation des Lebens genüge nicht. Diejenigen, die die Welt zum Himmel machen wollten, hätten sie zur Hölle gemacht. Professor Erhard kam weiterhin auf das Phänomen zu sprechen, daß sich der einzelne Staatsbürger immer mehr aus dem öffentlichen Leben ausschaltet, in die Anonymität ausweicht und dafür Organisationen vorschickt: Wenn sich erst einmal einzelne Menschen gegen gewisse Forderungen wehrten, die in ihrem Namen von den „Gruppen“ erhoben würden, werde schon ein wesentlicher Teil der allgemeinen Unruhe beseitigt sein. Zu dem Bedürfnis nach Sicherheit und Versorgung bemerkte Professor Erhard, daß der Schrei nach sozialer Sicherheit häufig um so lauter ertöne, je größer die soziale Sicherheit für den einzelnen geworden sei. Je mehr der Wohlstand fortschreite, um so mehr wachse an manchen Stellen die Unzufriedenheit. Heute seien die Wertsetzungen in der Regel rein ökonomisch und quantitativ, während es früher eine „geprägte Einheit und Gradheit der Lebensführung“ gegeben habe.

Professor D. Dr. Redecker, Kiel, forderte, der materialistischen Wirtschaftsordnung eine christliche Ordnung entgegenzusetzen, und wies darauf hin, daß sich in manchen Punkten die katholische und die evangelische Sozialethik schon sehr nahe sind. Dr. Strauss bezeichnete es als notwendig, daß sich die Evangelischen innerhalb der CDU/CSU mit der

festgefühten katholischen Staats- und Gesellschaftslehre auseinandersetzen. Es gehe nicht an, daß das Naturrecht für manche evangelischen Theologen zu einer Art Tabu werde. Auch er unterstrich als entscheidende Aufgabe, eine umfassende evangelische Soziallehre zu schaffen. Der niedersächsische Sozialminister Dr. Rudolph, Hannover, wandte sich dagegen, daß manche Verbände Ziele aufstellten, von denen sie nicht wüßten, ob sie überhaupt realisierbar seien. Andererseits forderte er die Errichtung eines entsprechenden Gremiums, etwa in Gestalt eines Beirates — aber nicht des geplanten Wirtschafts-Beirates —, das an den obersten Stellen des Staates seine beratende Stimme erheben könne. Dr. Strauss äußerte dazu: Es sei wünschenswert, daß sich anstelle der Funktionäre in den Verbänden die unmittelbar Betroffenen aktiver zu Wort meldeten. Von der Regierung sei zu verlangen, daß sie im laufenden Gespräch mit den Verbänden bleibe und sie bei der Vorbereitung von Entscheidungen vorher anhöre. Auch die Macht der Verbraucher, insbesondere der Hausfrau, sei hier zu erwähnen. Sie werde allerdings viel zu wenig zum Tragen gebracht. Professor Erhard machte darauf aufmerksam, daß es wohl kaum eine Schicht gäbe, die von sich aus ihre Bereitschaft erkläre, ihre Forderungen zugunsten einer anderen Schicht zurückzustellen, daß jedoch alle gemeinsam den Staat für mißfallende Entwicklungen verantwortlich machten, insbesondere dann, wenn die Preise nicht stabil blieben.

Eingehend wurde auch die Frage erörtert, wie eine für das ganze Deutschland verantwortliche Wirtschaftspolitik nach der Wiedervereinigung zu gestalten sei. Es herrschte kein Zweifel, daß dabei die unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in West- und Mitteldeutschland seit 1945 berücksichtigt werden müsse. Grundlage allen Handelns aber könne nur die Wiederherstellung der Entscheidungsfreiheit auch der mitteldeutschen Bevölkerung über die künftige Wirtschafts- und Sozialordnung sein. Darum seien freie Wahlen unerlässlich. Eine isolierte Wirtschaft werde im Falle der Wiedervereinigung für die heutige Sowjetzone nicht mehr möglich sein. Als einige der Hauptpunkte nannte Professor Erhard in diesem Zusammenhang: Währungsreform, Übergang von der anonymen zur offenen Beteiligung, Bereinigung der Agrarstruktur und Klärung des Begriffs „soziale Ertragsenschaften“.

#### ENTSCHLIESSUNG

**Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist sich darin einig, daß die Grundlagen der Erhardschen Wirtschaftspolitik nach wie vor unverändert Gültig-**

**keit haben. Diese Politik hat in vollem Umfange ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie gibt uns die Kraft und die Sicherheit, die vor uns stehenden weiteren Aufgaben erfolgreich zu lösen.**

Das an sich gesunde Streben nach Verbesserung des Wohlstandes und Sicherheit darf jedoch nicht zu einem Aufkommen materialistischer Gesinnung führen. Deshalb besinnt sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU von neuem auf die geistigen Grundlagen seines Wollens auch in der Wirtschaftspolitik. Verpflichtend ist für ihn die Werteordnung, die die politische Haltung der CDU/CSU von Anfang an bestimmt hat und die Bestandteil des Grundgesetzes geworden ist.

Diese Werteordnung schließt folgendes ein:

1. Ein ausreichendes Maß an Lebenssicherung und Versorgung für jeden einzelnen, um ihm Freiheit und Menschenwürde zu gewährleisten.
2. Die fortschreitende Technik darf den Menschen nicht beherrschen, sondern muß sein Werkzeug bleiben.
3. Unsere freiheitliche soziale Wirtschaftsordnung muß sowohl gegenüber bedrohlichen Tendenzen zum Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat als auch gegenüber dem Mißbrauch von Machtstellungen in der Wirtschaft abgesichert werden.

Den Gruppen und Verbänden gebührt ein legitimer Wirkungsraum. Sie müssen sich jedoch bewußt bleiben, daß sie Teil eines Ganzen sind und entsprechende Verantwortung zu tragen haben.

Die Demokratie gerät in Gefahr, wenn wirtschaftliche und soziale Sorgen zunehmend allein dem Staat aufgebürdet werden. Jeder hat die Pflicht, sich aktiv am Leben und an der Gestaltung des Staates zu beteiligen. Wir müssen das Gefühl der Verantwortung des einzelnen gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft, aber auch das der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen lebendig halten.

Die soziale Marktwirtschaft muß ihre sittlichen Grundlagen auch aus der evangelischen Sozialethik erhalten. Die Sozialethik muß dazu beitragen, dem Menschen zum rechten Gebrauch seiner wirtschaftlichen Freiheit zu verhelfen.

Am diesjährigen Tagungsort Berlin fühlen wir uns mit den Brüdern und Schwestern in der Zone des Schweigens eng verbunden. Die CDU/CSU ist sich bei allen ihren Entscheidungen ihrer Verantwortung auch gegenüber den 18 Millionen Menschen in Mitteldeutschland bewußt. Unser wirtschaftliches Handeln nach der Wiedervereinigung wird unsere Antwort auf die Herausforderung des östlichen Wirtschaftssystems enthalten müssen. Grundlage dieses Handelns ist die Wiederherstellung der Entscheidungsfreiheit auch der mitteldeutschen Bevölkerung über unsere künftige Wirtschafts- und Sozialordnung. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betrachtet es als eine Hauptaufgabe, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung so auszubauen und zu festigen, daß sie jene Anziehungs- und Ausstrahlungskraft erhält, die sich am Tage der Wiedervereinigung bewähren wird.

## DAS SENDUNGSBEWUSSTSEIN DES BOLSCHEWISMUS

von Oberstudiendirektor i. R. Werner Brökelschen

1. Es gehört beinahe schon zu den banalen Erkenntnissen, daß die Gefährlichkeit des Bolschewismus weniger in der politischen Macht der Sowjetunion liegt als in dem Sendungsbewußtsein, das ihn und seine Anhänger erfüllt — in dem fanatischen Glauben, daß er nicht nur das Endziel aller Geschichte, eben den Kommunismus, wisse, sondern auch den Weg dorthin beherrsche —, in dem Glauben, daß er in dem längst überständig gewordenen Privateigentum an den Produktionsmitteln die Ursache alles Übels in der gegenwärtigen Welt gefunden habe, daß er mit seiner Abschaffung alle Unordnung

der Welt in Ordnung bringen, erst dadurch den Menschen zur wahren Freiheit von Ausbeutung und materieller Not und damit zur Erfüllung seines Wesens führen werde. Es ist die Verheißung des Paradieses auf Erden. Und dieses Paradies gilt dem Bolschewismus nicht als Wunschbild, sondern als das immanente Ziel der Geschichte, das mit naturgesetzlicher Notwendigkeit erreicht werde. Der Bolschewismus will dazu nur Hilfestellung geben, indem er die Hemmungen auf diesem Wege, den verfallenden Kapitalismus samt den damit verbundenen reaktionären Kräften der Kirche usw. beseitigt, um

das Ziel um so schneller zu erreichen. Wer sich dem geschichtsnotwendigen Verlauf widersetzt, ist entweder ein Verbrecher oder ein Narr und muß ausgemerzt werden.

2. Wie sieht es nun mit dieser Behauptung von der Naturgesetzlichkeit, von der Unvermeidbarkeit der geschichtlichen Entwicklung zum Kommunismus, zum Gemeineigentum und zur klassenlosen Gesellschaft aus? Es soll dabei nicht die Frage untersucht werden, ob die wirkliche Politik der SU sich diesem Ziel genähert hat oder ob nicht an Stelle des Gemeineigentums — wie es etwa Marx in seinen Frühschriften verstanden haben mag — ein brutaler Staatskapitalismus getreten ist, der Leib und Seele seiner Untertanen in seiner Gewalt hat, ob nicht an Stelle der klassenlosen Gesellschaft längst neue, sehr privilegierte Klassen einerseits und völlig rechtlose Klassen andererseits (Zwangsarbeiter, Zwangssiedler) entstanden sind usw. Hier soll nur die grundsätzliche Frage eine Antwort finden, ob der Bolschewismus mit leidlichen Gründen seine Behauptung stützen kann, daß es einen naturgesetzlich notwendigen Gang der Geschichte gebe und daß dieser unausweichliche Weg sein Gang zum Kommunismus sei. Diese Frage hat nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Bedeutung, die uns unmittelbar angeht: Die großen politischen Erfolge der SU haben auch bei vielen Menschen des Westens mehr und mehr das Gefühl erzeugt, daß die behauptete Entwicklung zu einem Weltkommunismus vielleicht doch ein unabwendbares geschichtliches Naturgesetz sei. Daß dieses Gefühl sich verbreiten konnte, ist nach dem Geschehen der letzten 40 Jahre und angesichts innerer Haltlosigkeit unserer gegenwärtigen Durchschnittsgesellschaft, die sich weithin in Provisorien, Oberflächlichkeit sowie technischen und materiellen Erfolgen ergeht, dabei aber doch von nihilistischen Angstzuständen geplagt wird, nicht verwunderlich.

Um unsere Frage zu beantworten, müssen wir in die Anfänge des Marxismus zurückgehen. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Revolution von 1848 hatte für Marx eine tiefe Enttäuschung gebracht. Wenn seine bisherigen geschichtsphilosophischen Prophezeiungen ihm vielleicht auch nicht als falsch erscheinen mochten, so hatten sie sich für ihn doch als unrealistisch erwiesen. Deshalb ging er an eine neue und — wie er überzeugt war — nunmehr wissenschaftlich unumstößliche Begründung seiner These von der Unvermeidbarkeit der künftigen proletarischen Revolution heran. Er versuchte, durch historische und nationalökonomische Analysen der verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen das immanente Gesetz nachzuweisen, nach dem der geschichtliche Prozeß bisher abgelaufen sei und (das ist das Entscheidende) deshalb auch in Zukunft weiter ablaufen werde. Wobei eigentümlicherweise und uneingestanden das Ergebnis schon von vornherein feststand, daß nämlich die Entwicklung zum Kommunismus führen müsse. Es handelt sich also nur um eine andere, diesmal volkswirtschaftliche Begründung des alten revolutionären Zieles.

Engels als der geistige Nährvater des Dialektischen Materialismus hat nun geglaubt, die Marx'sche These vom geschichtlichen Ablauf (= Historischer Materialismus) dadurch ganz unangreifbar zu machen, daß er sie als einen Sonderfall der das All durchwaltenden Naturgesetzlichkeit darstellte; verständlich in einer Zeit, die gelendet war von den Erfolgen der Naturwissenschaft und in ihr samt ihren (als solche noch nicht erkannten) Hypothesen die einzige wahre Wissenschaft sah. Damit ist es eigentlich erst Engels gewesen, der den Marxismus zu einer Weltanschauung ausgeweitet hat. Je abstrakter seine Lehrsätze waren und je allgemeiner sie gelten sollten, um so besser erschien ihm dies für den Anspruch auf absolute Wissenschaftlichkeit, den der Bolschewismus bis heute erhebt. Stalin hat sie in seinem sogenannten Katechismus zu vier Thesen der Dialektik und zu drei des Materialismus zusammengefaßt. Für unsere Frage kommen in erster Linie die vier Grundsätze der Dialektik in Betracht:

1. Es gibt keine isolierte Erscheinung; jedes hängt mit jedem zusammen.
2. Die Welt steht in ununterbrochener Veränderung und Entwicklung.
3. Diese Entwicklung geht, vorbereitet durch quantitative Änderungen, in einem Sprung zu qualitativen Veränderungen über.
4. Die Ursache dieser Entwicklung beruht auf dem jeder Erscheinung innewohnenden Kampf der Gegensätze.

Und von den drei Grundsätzen des Materialismus ist hier der erste zu nennen:

Alle Wirklichkeit ist letzten Endes materieller Art.

Daß auch heute noch die Masse der Bolschewisten an die Wahrheit dieser Thesen glaubt, darf man deshalb annehmen, weil bisher kein einziger Satz des Diamat geändert worden ist, auch nicht auf dem 20. Parteikongreß oder nachher, während die Sätze des Historischen Materialismus der jeweiligen Lage angepaßt werden dürfen und angepaßt worden sind.

3. Was haben wir 100 Jahre nach der Entstehung dieses Gedankengebäudes dazu zu sagen? Kritik kommt von dem griechischen Wort krinein = scheiden und unterscheiden. Und es ist beim Dialektischen Materialismus im ursprünglichsten Sinne des Wortes Kritik nötig, die hier zusammengeworfenen und verfilzten, ausgesprochenen und unausgesprochenen Begriffe und Vorstellungen säuberlich zu scheiden. Dafür einige Beispiele:

Wir wissen längst, und im Grunde hat die Zeit von Marx auch gewußt, daß es nicht angeht, die verschiedenen Seinsgebiete einer einzigen Methode zu unterwerfen. Das aber tut der Dialektische Materialismus, indem er nur kausal-mechanische Zusammenhänge anerkennt. Denn alles ist für ihn letztlich Materie. Die Methode der kausalen Betrachtung hat zwar ihre ausschließliche Berechtigung auf den Gebieten der Physik und Chemie, reicht aber für den Bereich des Organischen allein nicht aus. Andererseits überträgt der Dialektische Materialismus den im Organischen beheimateten Begriff der Entwicklung unbedenklich auf das Anorganische, wo er keineswegs berechtigt ist. Und zum dritten werden beide Begriffe, Kausalität und Entwicklung, bedenkenlos auf ein wiederum völlig anderes Gebiet, auf die Kulturgeschichte der Menschen, insbesondere auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, übertragen. Aber alle Wissenschaften haben immer mehr und unabhängig voneinander erkannt, daß es ganz verschiedene Seinsstufen gibt und dementsprechend auch verschiedene, jedem Gebiet zugeordnete Betrachtungsweisen, daß es also nicht möglich ist, die besondere Betrachtungsweise etwa des Organischen oder des Anorganischen oder beide zusammen auf das gänzlich andere Gebiet der Geschichte zu übertragen. Freilich weiß auch der Diamat etwas von der qualitativen Verschiedenheit der Seinsstufen der Welt; er läßt sie ja durch das mysteriöse Zauberwort des „dialektischen Sprunges“ auseinander hervorgehen. Er gibt auch der einen Kausalität in den verschiedenen Bereichen eine besondere Färbung. Aber alle diese Seinsstufen bleiben, trotz qualitativer Verschiedenheit, unter dem physikalisch-chemisch verstandenen Gesetz der einlinigen Notwendigkeit. Das soll also auch für die Geschichte der Menschheit gelten.

Wir wissen heute, daß diese kausal-mechanische Betrachtung nicht einmal im ganzen Bereich der Naturwissenschaft als alleinige Methode gültig ist. Sie gilt nur für die unbelebte Natur. Auf dem Gebiet des Organischen dagegen gilt der Begriff der Entwicklung — als erfahrbare Tatsache allerdings nur für das Individuum, das sich aus dem Keim zur Reifform entwickelt und wieder einen Keim hervorbringt, wobei die letzten „Ursachen“ im Sinne der Kausalität für uns nach wie vor ein Geheimnis sind. Es handelt sich schon um eine Überschreitung der Erfahrung und nur noch um eine fruchtbare Arbeitshypothese, wenn das beim Individuum beobachtete Bildungs- und Entwicklungsvermögen auf die Formenverwandtschaft verschiedener Organismen-Arten übertragen und ein genealogischer Zusammenhang konstruiert wird. Und da wir bei der Betrachtung der menschlichen Geschichte trotz aller Bindung an die Natur das Reich der Natur, sowohl der anorganischen als auch der organischen, grundsätzlich verlassen, leuchtet es ein, daß hier auch ganz andere Betrachtungsweisen zu Worte kommen müssen. Es kann also weder die Kategorie der Kausalität noch die der Entwicklung ohne weiteres auf die Geschichte des Menschen angewandt werden. Beides, Kausalität und Entwicklung, werden im Diamat in eins verfilzt. Dem notwendigen und mechanisch eindeutigen Ablauf im Sinne der physikalisch-chemischen Kausalität wird eine Entwicklung vom Niederen zum Höheren, also eine Zielstrebigkeit, zugesprochen. Bei der Kausalität aber sind Ursache und Wirkung stets inhaltsgleich. Es kann dabei also nicht zu einem Höheren kommen. Und umgekehrt: Wenn ein Höheres anerkannt wird, so kann es nicht rein kausal aus einem Niederen abgeleitet werden, d. h. mit der Kategorie Ursache—Wirkung kann Entwicklung nicht begriffen werden. Im Grunde weiß das auch der Diamat, da er ja sonst zur Entstehung des Höheren nicht den „dialektischen Sprung“ zu bemühen brauchte. Dieser Sprung löst aber das Rätsel der qualitativen Mannigfaltigkeit der Welt nicht, sondern verdeckt es nur durch ein unverständliches Wort. Ist also schon im Bereich des Biologischen der Begriff der mechanischen Notwendigkeit eine unzureichende Kategorie, so erst recht

natürlich im Bereich der so ganz anderen menschlichen Geschichte.

4. Worin besteht nun die Eigenart der menschlichen Geschichte nicht nur gegenüber dem anorganischen, sondern auch gegenüber dem organischen Bereich der Natur? Von vielen anderen Unterschieden abgesehen ist es das besondere Charakteristikum der Geschichte, daß sie getragen ist von den Willensentscheidungen der Menschen, die wiederum auf wissenschaftlich gar nicht ableitbaren Wertungen beruhen. Zwar wissen auch Marx und vor allem Lenin, daß bei der Gestaltung der Geschichte die Willensbestrebungen der Menschen eine Rolle spielen. Aber auch diese werden von ihnen naturalistisch umgedeutet in kausal notwendige Stellungnahmen aus der jeweiligen Klassenlage der Menschen heraus, d. h. ein Kapitalist einerseits und ein Proletarier andererseits können nach dieser These nur eindeutig vorher bestimmbare, geradezu naturnotwendige Willensentschlüsse fassen. Daß durch solche Deutung das Wesen echter Entscheidung völlig entstellt wird, geht schon allein daraus hervor, daß jede Entscheidung mindestens zwei in gleicher Weise realisierbare Möglichkeiten voraussetzt. — Der behauptete eindeutige Ablauf der Geschichte hat sich damit als Phantom erwiesen.

In Wirklichkeit ist natürlich das kommunistische Endziel der klassenlosen Gesellschaft nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen ermittelt worden, sondern der Sachverhalt ist gerade umgekehrt: das Endziel, der Kommunismus, ist das als absoluter Wert gesetzte Erste, auf das hin alles andere konstruiert wird. Weil aber auch der Marxismus ein Gefühl dafür hat, daß ein Endziel nicht aus dem Nichts hervorgehen kann, sondern keimhaft schon in dem Anfangsstadium der Geschichte angelegt sein muß, ist er genötigt, als Ausgangsphase der Geschichte einen Urkommunismus zu konstruieren, der geschichtlich gar nicht nachweisbar ist.

5. Das Gefährliche dieser Ideologie aber liegt auf einem ganz anderen Gebiet: auf dem unseres Menschentums. Denn die behauptete Zwangsläufigkeit ist logischerweise mit einer Entwertung des Menschen als Person verbunden, da er hier nur Vollstrecker einer überindividuellen, letzten Endes in den Produktionsmitteln, den Maschinen usw. geheimnisvoll ruhenden wirtschaftlichen Vernunft ist. Demgegenüber sehen die Marxisten und — auch heute noch — die Bolschewisten in der These von Engels: daß erst der frei sei, der die Notwendigkeit als solche erkannt habe und sie nun freiwillig auf sich nehme und vollziehe, die größte Entdeckung auf ethischem Gebiet. Aber selbst wenn wir einen Augenblick dem Gedanken Raum geben wollten, daß der Mensch bewußt

oder unbewußt im geschichtlichen Leben einer immanenten und gleichzeitig vernünftigen Zwangsläufigkeit diene, müßten wir diesen Gedanken gerade im Falle der SU, wo er doch besonders deutlich zu erkennen sein sollte, aufgeben. Denn dort dient der Mensch nicht dieser angeblichen überindividuellen Vernunft, sondern nur der diktatorischen Stelle, die ohne Kontrolle festsetzt, was als zwangsläufige und vernünftige geschichtliche Entwicklung zu gelten habe. So sieht in der SU die Aufhebung der Entfremdung des Menschen, die Rückführung zu seinem Wesen aus. Nirgends ist die Unterwerfung unter die äußeren Mächte, die der junge Marx so beklagt, so weit getrieben worden.

Demgegenüber halten wir daran fest: Wenn es einen vorher feststellbaren Sinn der Geschichte gibt, den die Menschen ohne innere Kämpfe, ohne schwere Entscheidungen durchzuführen haben, bei dem sie also nur Handlanger sind, so bedeutet das eine Degradierung der Person. Sie sind nicht Täter, sondern nur beauftragte Vollzieher der geschichtlichen Taten. Während der Bolschewismus unter Freiheit versteht, das tun zu wollen, was die Parteispitze als hartes Muß vorschreibt, besagt unser Begriff der Freiheit, daß der frei ist, der tun will, was er tun soll — wobei das Sollen als ethische Pflicht, als unmittelbare Forderung des Gewissens verstanden wird. Die Krisis des Westens besteht vielleicht auch darin, daß dieses ethische „Du sollst“ weithin nicht mehr in seiner gebieterischen Würde vernommen wird und deshalb oft der Mut und die Kraft fehlen, dieser Forderung zu dienen. Man flüchtet dann gern zu einem totalitären System, das einem zwar die sittliche Entscheidung abnimmt, uns damit aber gerade das nimmt, was die — freilich oft schwer zu verwirklichende — Würde des Menschen ausmacht: die Freiheit. Doch darf dies hohe Gut nicht auch einen hohen Preis von uns fordern?

Eben weil Geschichte auf Entscheidung beruht und nicht einen naturgesetzlichen Ablauf darstellt, war und bleibt auch die bolschewistische Entscheidung durchaus möglich. Wenn also einer behaupten wollte, der Kommunismus müsse und werde eines Tages zwangsläufig von selbst zusammenbrechen, so würde er sich nur die kommunistische These von der Zwangsläufigkeit der Geschichte (wenn auch mit anderem Vorzeichen) zu eigen machen. Das Furchtbare dieser geschichtlichen Erscheinung liegt gerade darin, daß sie keineswegs zwangsläufig über uns kommt. Aber andererseits haben wir deshalb nicht nur die Möglichkeit, sondern von unserem Wertbewußtsein aus sogar die Pflicht, uns gegen den Bolschewismus zu wehren.

## SELBSTVERWALTUNG UND DEMOKRATIE

von Oberbürgermeister Ernst Bach

Angesichts der weltweiten Ereignisse der hohen Politik treten die Sorgen, Probleme und Leistungen der Gemeinden, der Kreise und selbst der großen Städte in der Öffentlichkeit stets zurück. Für mehrspaltige Schlagzeilen auf den ersten Seiten der Tageszeitungen bietet der Alltag der kommunalen Selbstverwaltung selten Anlaß. Doch in diesen Wochen, da in mehreren westdeutschen Ländern Kommunalwahlen vor der Tür stehen, rücken mit dem „Kampf um die Rathäuser“ auch die Gemeinden und Gemeindeverbände wieder stärker in den Blickpunkt. Aus Bonner politischen Kreisen ist allerdings häufig zu hören, daß man die Gemeindewahlen nur als „Test“ für die kommende Bundestagswahl ansehe. Auch der Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Mellies, hat noch vor kurzem in Dortmund diese Ansicht vertreten.

Eine solche Auffassung ist falsch. Gewiß wird man — wenn auch nur sehr bedingt — aus dem Ergebnis der Kommunalwahlen Schlüsse hinsichtlich des derzeitigen politischen Standpunktes der Bevölkerung ziehen können. Doch als Test für die nächste Bundestagswahl sind sie allein schon deshalb ungeeignet, weil niemand vorhersehen kann, welche weltpolitischen Ereignisse in den nächsten zwölf Monaten eintreten und die deutsche Politik beeinflussen werden. Die Bundestagswahl 1953

ist ein lehrreiches Beispiel: Bei den Kommunalwahlen im Jahre 1952 stand die CDU z. B. in Westfalen in einem ausgesprochenen „Tief“; nie vorher und nie nachher hat sie so schlecht abgeschnitten. Und zehn Monate später, bei der schon historisch gewordenen September-Wahl 1953 — der oft zitierten „Adenauer-Wahl“ —, erreichte die CDU auch in Westfalen ihre Rekordhöhe.

Es sind schlechte Politiker, die in den Gemeindewahlen in erster Linie einen Test für die Bundestagswahl 1957 sehen wollen. Nicht nur, weil sie ihr Urteil — welche Partei auch immer am 28. Oktober gewinnen mag — aus fragwürdigem Material herleiten, sondern vor allem, weil sie nicht anerkennen, daß unsere Gemeinden in sich eine große politische Bedeutung für unseren Staat haben. Die Kommunalwahlen sind schon allein dadurch, daß sie die Voraussetzungen für das parlamentarische Leben in der Urzelle des demokratischen Staates, eben der Gemeinde, schaffen, so bedeutsam, daß sie des Dekors „Test für die Bundestagswahl 1957“ entbehren können. Darin liegt eine Deklassierung, zumindest eine Verniedlichung der Kommunalwahlen. Hier wird die Mißachtung deutlich, die manche „hohen“ Politiker gegenüber der Arbeit in den Gemeinden hegen.

Am 13. Oktober verschied im Alter von 73 Jahren

Bundesminister a. D.

## Dr. Dr. h. c. Robert Lehr

In tiefer Trauer gedenken wir dieses aufrechten evangelischen Christen und Politikers, der als Oberbürgermeister und Oberpräsident, als Landtags- und Bundestagsabgeordneter und schließlich als Bundesminister des Innern seinem Volk und Vaterland vorbildlich gedient hat.

Sein Leben war getragen von dem Bewußtsein der gemeinsamen politischen Verantwortung aller Christen, dem er durch sein aktives Wirken in der Christlich-Demokratischen Union, deren Mitbegründer er war, Ausdruck verlieh. Sein Name und sein Werk werden unvergessen sein.

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS DER CDU/CSU

Dr. Gerhard Schröder

Vorsitzender

Dabei ist das politische Leben in unseren Gemeinden das Fundament der Demokratie. Nur wenn dieses Fundament tragstark ist, wird die Demokratie auch in Deutschland Bestand haben. Es genügt eben nicht, wenn sich der Bundeseinwohner nur alle vier Jahre einmal zu den Urnen für die Bundestagswahl locken läßt; sie hat gegenüber den Gemeindevahlen den Schlagzeilenreiz und spricht auch den wichtigtuenden Snob an, der stolz seine Stimme in die Waagschale der großen Politik wirft. Wer dagegen bei den Gemeindevahlen an die Wahlurne geht, bezeugt damit, daß er sich für die kleine Welt um sich, für seine nächste Umgebung mitverantwortlich fühlt, daß er die Pflicht spürt, zunächst einmal sein Heimatdorf, seine Stadt, seine Landschaft „in Ordnung zu halten“. Echtes politisches Mittun ist für jeden Bürger am leichtesten im überschaubaren Bereich seines Dorfes oder seiner Stadt möglich. Wollen wir in den Menschen unseres deutschen Volkes ein gesundes demokratisches Bewußtsein herausbilden, so müssen wir erreichen, daß sie sich um das öffentliche Wohl in ihrem unmittelbaren Lebensraum kümmern. Hier sind sie auch — nehmen wir die Großstädte aus, die sich zu einer Art Stadtlandschaft entwickelt haben — am ehesten ansprechbar, weil sie ihre parlamentarischen Vertreter persönlich kennen und weil die Maßnahmen in Dorf oder Stadt sie unmittelbar persönlich angehen. Ob und wohin eine Schule gebaut werden soll, welche Straßen verbessert, ausgebaut oder neuangelegt werden müssen — das sind, um nur zwei Beispiele des kommunalen Alltags zu nennen, Fragen, für die man vom Bürger, der mit seinen Angehörigen hier persönlich betroffen wird, Interesse erwarten und für die man Interesse wecken kann. In der Gemeinde vermag der Bürger die Demokratie, die „Herrschaft des Volkes“, unmittelbar zu vollziehen. Ein solches Mitsprechen in den Dingen des öffentlichen Lebens aber wird die Menschen untereinander binden, es wird — um mit dem Reichsfreiherrn vom Stein zu sprechen — „die Gemüter vereinen, indem sie alle nach einem Ziele streben . . .“, es wird den Geist zu ernster, edler Be-

schäftigung reifen . . ., es wird dem einzelnen ein Gefühl seines Wertes geben, indem es seine edleren und besseren Kräfte in Anspruch nimmt“.

Gelingt es uns nicht, die Bürger zu Mitarbeit und Mitverantwortung in den Gemeinden zu bewegen, liefern wir sie allein dem Schlagwortreiz der hohen Politik aus, bleiben sie anfällig für Dämagogie und Diktatur. Es kommt darauf an, mit welchem Geist und mit welchem Leben, also mit welcher staatsrechtlichen Wirklichkeit wir unsere junge deutsche Demokratie erfüllen.

Wer sich Gedanken um den inneren und äußeren Aufbau unseres Staates macht, muß von der Tatsache ausgehen, daß der Bürger der Bundesrepublik kein erfahrener und erprobter Demokrat ist. Wohl aber trifft man weithin auf das sehr wache Bewußtsein: freier Bürger einer Stadt zu sein. Besonders ausgeprägt ist dieses Bewußtsein noch in unseren Stadtstaaten Bremen und Hamburg, aber auch in den ehemals Freien Reichsstädten. Das kann nicht überraschen; denn wie die Schweiz oder England ihre reichen Erfahrungen mit der Demokratie haben, so können die deutschen Städte auf eine stolze Geschichte ihrer Selbstverwaltung zurückblicken.

Die besonderen Werte der Selbstverwaltung, nämlich Bürgersinn und Bürgerverantwortung, gilt es für den Aufbau unseres Staates, für einen deutschen Typ der Demokratie nutzbar zu machen. Wir müssen zu einer organischen Willensbildung von unten nach oben unter Ausnutzung des Stadt- und Landschaftsbewußtseins unserer Bürger kommen. Nur in der Selbstverwaltung liegt — um es noch einmal zu unterstreichen — die tragfeste Basis einer dauerhaften deutschen Demokratie.

Die Folgerungen, die aus dieser Erkenntnis gezogen werden müssen, sind zahlreich. Mit an erster Stelle sollte für uns alle die Verwirklichung der Forderung stehen, die Bundeskanzler Dr. Adenauer erhoben hat:

„In unsere Landtage und in den Bundestag dürfen nur Persönlichkeiten gewählt werden, die sich in

der kommunalen Selbstverwaltung ihre Sporen verdient und den Geist einer echten Selbstverwaltung kennengelernt haben. Es ist nicht damit getan, schöne Worte für die Selbstverwaltung bei festlichen öffentlichen Gelegenheiten zu finden, man muß sie auch zum inneren Gesetz unseres jungen Staates machen. Dann finden wir einen eigenen Weg zu einer deutschen Demokratie. Dann werden wir auch das häßliche Parteigezänk in der hohen Politik beseitigen und das Besudeln der politischen Gegner, das gerade viele anständige Menschen am politischen Leben abstößt, aus unserem öffentlichen Leben verbannen.“

In den kommunalen Parlamenten, in denen jeder jeden kennt und auch den Abgeordneten der anderen Partei als Menschen mit menschlichen Qualitäten (und Fehlern) achtet, wird in den meisten Fällen ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen Auffassungen möglich sein. Wenn jetzt in zahlreichen Städten Bürgerversammlungen stattfinden, auf denen die Stadtverordneten aus allen Parteien gemeinsam über die kommunalen Leistungen der letzten vier Jahre sprechen, so ist das ein vorbildlicher Weg in eine gute Demokratie. Das schließt nicht aus, daß Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten bleiben werden und bleiben müssen. Sie müssen, schon im Interesse der Demokratie, klar und manchmal hart geäußert werden. Notwendig aber ist zu allererst ein gutes menschliches „Klima“.

Gerade diese Monate stehen im Zeichen des Gedenkens an Leben und Werk des Reichsfreiherrn vom Stein, dessen Todestag wir am 29. Juni feierten und dessen Geburtstag sich am 26. Oktober 1957 zum 200. Male jährt. Lernen wir von ihm:

„Es gibt kein Gemeinwesen, keinen Staat ohne die Bereitschaft der Bürger, dafür zu wirken. Diese Bereitschaft muß sich zeigen in der freiwilligen Mitarbeit an den Aufgaben der Gesamtheit. Sie muß beginnen in der lebendigen Sorge um die Gemeinschaft im Dorf und in der Stadt, sie muß wirksam werden in der Verantwortung für Volk und Staat.“

## AUS DEN ARBEITSKREISEN

### Erste Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Baden

„Nicht Konfessionalismus, sondern Union!“ — war das Leitmotiv der ersten Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises innerhalb der badischen CDU (Nord- und Südbaden), die am 30. September d. J. in Baden-Baden stattfand. Ein Grußtelegramm von Bundesminister des Innern Dr. Schröder als Vorsitzendem, die Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Strauss (Bundesministerium der Justiz) als Stellvertretendem Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises sowie die Teilnahme der evangelischen Bundes- und Landtagsabgeordneten Badens unterstrichen die Bedeutung dieser Zusammenkunft evangelischer Unionsmitglieder. U. a. konnte der Vorsitzende des Landesarbeitskreises, Bürgermeister Schneider, Konstanz, auch den Präsidenten der evangelischen Landessynode, Dr. Umhauer, begrüßen.

Ohne sich zu einer selbständigen Organisation innerhalb der Gesamtpartei entwickeln zu wollen — so erklärte Bürgermeister Schneider in seiner Eröffnungsansprache —, stelle der Evangelische Arbeitskreis eine Sammlung der evangelischen Kräfte in der Union dar, um das Profil des evangelischen Teiles der CDU als echten Partners des katholischen Elements herauszuarbeiten und einen eigenständigen Beitrag zu der gemeinsamen politischen Arbeit zu leisten. Ziel sei jedoch nicht nur eine interne Klärung des evangelischen Standortes in den politischen Fragen, sondern vor allem auch eine politische Mobilisierung der noch abseits stehenden Kräfte im evangelischen Raum.

Den „missionarischen“ Auftrag des Arbeitskreises unterstrich Dr. Walther, Karlsruhe, noch einmal in seinem Bericht über die Arbeit in Nordbaden. Er forderte vor allem ein Hineingehen in die kirchlichen Kreise und Gemeinschaften,

um im direkten Gespräch die noch immer weithin bestehende ablehnende Haltung evangelischer Christen gegenüber dem politischen Bereich zu überwinden. Der ehrenamtliche Geschäftsführer des badischen Landesarbeitskreises, Oberst a. D. Kiep, Rastatt, stellte als besondere Aufgabe einen verstärkten Kontakt zu der evangelischen Geistlichkeit heraus, da es hier noch mancherlei Vorurteile und Ressentiments auszuräumen gelte.

Viel und teilweise leidenschaftlich wurde nach den einleitenden Referaten darüber diskutiert, wie das gesteckte Ziel am besten zu erreichen sei. Als erfolgreichster Weg wurde nach den bisher gesammelten Erfahrungen die Fortsetzung der bereits von Hermann Ehlers eingeleiteten Methode angesehen, über Landesarbeitskreis, Bezirks- und örtliche Arbeitskreise eine lebendige und verantwortungsbewußte Gemeinschaft zu schaffen, die ihrerseits wiederum in den sogenannten vorpolitischen Raum hineinzuwirken vermag.

Im Mittelpunkt der Baden-Badener Tagung stand das Referat von Bürgermeister Schneider: „Der evangelische Christ in der Gemeindepolitik.“ Aus christlichem Ethos heraus entwickelte der Redner die Grundlagen einer gesunden Kommunalpolitik und bezeichnete Ordnung und Dienst als Voraussetzung jeder Gemeinschaftsbildung, wie sie dem Menschen von Gott aufgetragen sei. In der öffentlichen Schlußkundgebung sprach der Landesvorsitzende der CDU Nordbaden, Bürgermeister Dr. Gurk, Karlsruhe, ein herzliches Grußwort namens der katholischen Unionsfreunde. Stadträtin Frau v. Glase n a p p, Baden-Baden, richtete einen eindringlichen Appell an die evangelischen Frauen, auf deren Mitarbeit in vielen Bereichen des politischen Lebens nicht verzichtet werden könne. Einen großen Gewinn für die Tagung bedeutete schließlich das Referat von Staatssekretär Dr. Strauss, der, ausgehend von der kommunalen Ebene, einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der CDU und ihre Bedeutung für die Überwindung des Konfessionalismus im politischen Leben gab. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an das Wort von Hermann Ehlers, daß es sich bei der Mitarbeit der evangelischen Christen in der CDU nicht um eine Integration, sondern um eine Föderation um gemeinsamer Ziele willen handele.

H. S.



EISENWERK KRITZLER

WEIDENAU/SIEG

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre, Siederohre, Gewinderohre

Rippenrohre, Rohrschlangen, Rohrbogen

Preß-, Zieh- und Stanzteile